

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit**Studentisches Wohnen ausbauen – zusätzliche Wohnungen beim Studentenwerk schaffen****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 25. November 2015, Studentisches Wohnen ausbauen – zusätzliche Wohnungen beim Studentenwerk schaffen (Drs. 19/176), in ihrer Sitzung am 20. Januar 2016 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit (federführend) sowie an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft überwiesen.

1. Inhalt des Antrags

In Ziffer 1 des Antrags wird der Senat aufgefordert, die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass an der Emmy-Noether-Straße 440 Wohnheimplätze für Studierende gebaut werden und die Erreichung der Ausbauziele des Wissenschaftsplans haushaltspolitisch abgesichert wird.

Zweitens soll der Senat bis zum zweiten Quartal 2016 ein Konzept vorlegen, wie und wo die insgesamt 1 000 neuen Wohnheimplätze geschaffen werden können.

In Ziffer 3 wird der Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein bedarfsgerechtes Förderprogramm für studentischen Wohnraum einzusetzen.

2. Stellungnahme der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft hat den Antrag in ihrer Sitzung am 9. Juni 2016 beraten und folgenden Beschluss gefasst:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft schließt sich dem Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz an und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um Übermittlung dieses Beschlusses an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

3. Beratung im Ausschuss

Der Ausschuss hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 8. Juni 2016 beraten und der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Diese hat dem Ausschuss einen mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr abgestimmten Bericht vorgelegt und diesen in der Sitzung noch einmal erläutert.

Der Ausschuss begrüßt, dass durch eine gemeinsame Finanzierung des Landes Bremen und des Studentenwerks 400 zusätzliche Wohnheimplätze für Studierende an der Emmy-Noether-Straße geschaffen werden und da-

mit der überwiegende Teil des Ausbauziels des Wissenschaftsplans realisiert wird. Damit hat der Senat bereits die in Ziffer 1 des Antrags formulierte Forderung erfüllt, sodass sich diese erledigt hat.

Die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU sind sich jedoch einig, dass alle darüber hinausgehenden Forderungen nach weiteren Wohnheimplätzen, bis zu 1 000 neue Plätze insgesamt (Ziffer 2 des Antrags), aufgrund der bremischen Haushaltslage nicht darstellbar und vor dem Hintergrund der begrenzten Kapazitäten auch nicht realisierbar sind.

Die Fraktion der FDP ist der Ansicht, dass der Bau und die Finanzierung von Studierendenwohnheimen grundsätzlich nicht Aufgabe des Landes Bremen ist, sondern in private Hände gegeben werden sollte.

Die Fraktion DIE LINKE betont, dass sie die Schaffung von 400 Wohnheimplätzen ausdrücklich begrüßt, jedoch vor dem Hintergrund der angespannten Wohnungsmarktsituation für Studierende und der langen Warteliste des Studentenwerks an der Forderung in Ziffer 2 des Antrags festhält, dass 1 000 neue Wohneinheiten insgesamt das Ziel sein müssen.

Im Ergebnis lehnt der Ausschuss die Forderung in Ziffer 2 des Antrags mehrheitlich ab.

Zu der Ziffer 3 des Antrags weist der Ausschuss darauf hin, dass der Bund bereits im Herbst 2015 im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ ein Förderprogramm „Variowohnungen“ aufgelegt hat, dessen Ziel es u. a. auch ist, der wachsenden Zahl von Studierenden günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Daneben gibt es auf Landesebene durch die „Soziale Wohnraumförderung des Landes Bremen“ noch die Möglichkeit, geförderten Wohnraum für Studierende und andere junge Menschen in Ausbildung zu schaffen, z. B. durch den Bau von Ein-Zimmer-Appartements.

Der Ausschuss hat diesen Bericht mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP, gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE beschlossen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP, gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE, die Ziffern 2 und 3 des Antrags abzulehnen. Die Ziffer 1 hat sich nach Auffassung aller Fraktionen erledigt.

II. Antrag

Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zur Kenntnis.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 2 und 3 des Antrags ab.

Susanne Grobien
(Vorsitzende)